

Die euro-nordatlantische Demokratiekrise als Kehrseite der Krise postkolonialer Selbstbestimmung

Eric Otieno Sumba*

Chatterjee, Partha, 2019: I am the People. Reflections on Popular Sovereignty Today, New York: Columbia University Press.

Mbembe, Achille, 2017: Politik der Feindschaft, Berlin: Suhrkamp.

Nyabola, Nanjala, 2018: Digital Democracy, Analogue Politics. How the Internet Era is Transforming Politics in Kenya, London: Zed Books.

Seit zwei Jahrzehnten ist in westeuropäischen und nordamerikanischen demokratietheoretischen Debatten die Rede von einer Krise der Demokratie und/oder Post-Demokratie. Dabei setzen die meisten Krisendiagnosen jeweils einen Akzent auf Neoliberalismus, Autoritarismus oder Populismus als privilegiertem Deutungsansatz. In den westlich liberalen und marktwirtschaftlichen Demokratien wird die Krise gemeinhin als universelles Phänomen diskutiert und dargestellt. Trotz guter Argumente für eine differenziertere Betrachtung der besorgniserregenden politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die These, dass die Demokratie weltweit akut gefährdet sei, zur Phrase geworden. Dafür spricht ein Blick in Richtung der ‚jungen‘ Nationalstaaten, die im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Stellte die Universalisierung des Nationalstaates im Zuge der Dekolonisierungsbewegungen des 20. Jahrhunderts einen Triumph gegen den europäischen Imperialismus dar, brachte sie eine politische Form hervor, die für die Verwirklichung einer demokratischen, egalitären und anti-imperialen Zukunft nutzlos war – den postkolonialen Nationalstaat (vgl. Getachew 2019: 1; Niang 2018: 25). Diese neuen Staaten wurden auf dem Bodensatz einer inneren Kolonie aufgebaut, welche die Selbstbestimmung in einer von Kolonialität geprägten internationalen Ordnung unmöglich machte (vgl. Getachew 2019: 40; Niang 2018: 183; Mbembe 2017: 27). Folglich ist die Krise der liberalen kapitalistischen Demokratie auch eine Krise ihres (neo-)liberalen Weltbildungsprojekts und sämtlicher dazugehöriger Konzepte: Freiheit, Gleichheit und nicht zuletzt der Menschenrechte (vgl. Bogues/Laudani 2017). Doch wie stellt sich die Krise der Demokratie aus den unterschiedlichen Perspektiven der relativ jungen Nationalstaaten des Globalen Südens dar? Drei kürzlich erschienene Bücher deuten darauf hin, dass die Demokratiekrise eher ein inhärenter Systemfehler als eine externe Bedrohung durch vermeintliche Feinde der Demokratie ist. Sie verbinden die Krise mit grundsätzlichen postkolonialen Fragen zur Demokratie und kommen zu dem Schluss, dass westliche liberale Demokratien derzeit in jenen Graben fallen, den sie zuvor anderen gegraben haben (vgl. Comaroff/Comaroff 2012). In Achille Mbembes dichten theoretischen Essay *Politik der Feindschaft* und Partha Chatterjees transkribierten Vorlesungsreihe *I am the People. Reflections on Popular Sovereignty Today* zeigen beide Autoren, dass die Krise Teil einer anhaltenden

* Eric Otieno Sumba, Universität Kassel.
Kontakt: eric.otieno@student.uni-kassel.de

Rekonfiguration der liberalen Demokratie weltweit ist. Nanjala Nyabolas *Digital Democracy, Analogue Politics* argumentiert hingegen, dass eine Betrachtung der Demokratie, und zwar in ihren digitalen Dimensionen weltweit und besonders auf dem afrikanischen Kontinent, wichtige Erkenntnisse bereithält, die für den Umgang mit der Krise unerlässlich sind.

Achille Mbembes Werk wurde im Frühjahr 2020 zum Gegenstand ineinandergreifender politischer Kontroversen um Postkolonialismus, Erinnerungskultur, Antisemitismus und Apartheid. Die „Causa Mbembe“ offenbarte, so Andreas Eckert, eine schwere „Provinzialität des Denkens“ einiger Kritiker*innen von Mbembe (vgl. Eckert 2020). Mit Mbembes politischer Theorie dagegen gibt es bislang keine nennenswerte Auseinandersetzung im deutschsprachigen Kontext. Der Streit um die Person Mbembes hat unter anderem gezeigt, dass der Vorwurf des Antisemitismus bisweilen als Vorwand genutzt wird, um sich mit postkolonialer Theorie nicht in gebotener Tiefe auseinanderzusetzen zu müssen oder die verspätet begonnene Auseinandersetzung zu rechtfertigten (ebd.). Ebendieses sehr heterogene Forschungsprogramm hält jedoch wesentliche Einsichten für ehemals kolonisierende Länder bereit, wie sich emblematisch in den demokratietheoretischen Überlegungen Mbembes zeigt. *Politik der Feindschaft* wurde 2016 auf Französisch als *Politique de l'inimitié* erstveröffentlicht und 2017 ins Deutsche übersetzt, während die Übersetzung ins Englische im Jahr 2019 mit *Necropolitics* betitelt wurde. Unterschiede in der Übersetzung und Gliederung der einzelnen Kapitel verdeutlichen die verschiedenen intellektuellen Traditionen, innerhalb derer Mbembe theoretisch situiert wird. Bereits die Titel *Necropolitics* und *Politik der Feindschaft* vermitteln unterschiedliche Nuancen. Während ersterer den Ausrottungswunsch und eine Politik des gezielten „Sterbenlassens“ in den Vordergrund stellt, betont letzterer die Relation der Feindschaft. Der deutschsprachige Titel reiht Mbembe damit in eine Genealogie des Politischen nach Carl Schmitt ein, während die Rezeptionslinie eines Schwarzen Radikalismus von Frantz Fanon bis Cedric Robinson verwischt wird, sodass sie für Leser*innen, die das Werk der wichtigen Schwarzen und antikolonialen Wegbereiter Mbembes nicht kennen, nicht mehr erkennbar ist.

Politik der Feindschaft beginnt mit einem langen Katalog der drängendsten Fragen unserer Zeit: *Othring* als fortwährende Grundlage für Identitätsbildung und Polarisierung, die Sinnlosigkeit und Brutalität von Grenzen und die Etablierung von Krieg „als Zweck und als Notwendigkeit“ (13) in Demokratie, Politik und Kultur. Mit Fanon fragt Mbembe, worin „eine [...] über die Menschheit hinausreichende [...] Politik des Lebendigen“ (11) bestehen könnte, da Fanon verstanden habe, dass „es in der Kolonialherrschaft und dem gleichnamigen Krieg kein Subjekt des Lebens gibt“ (15). In einer Zeit, in der sich die politische Ordnung „fast überall neu als Organisationsform für den Tod“ formiert (18), stellt sich die Subjektivitätsfrage neu, da Demokratie allmählich ihre dunkle Seite annimmt. Diese „Inversion“ oder dieses „Ende“ (23 f.) der Demokratie ist von vier Merkmalen gekennzeichnet. „Das Schrumpfen der Welt“ und der demographische Wandel, der „zugunsten des Südens“ (24) ausfällt; die „Ankunft des plastischen Menschen“ im ökologischen Kontext (31); die Ankunft des digitalen Subjekts, dessen Bildschirm „zur plastischen und simulierten Form des Lebens“ geworden ist (32) und schließlich die Wechselwirkungen zwischen der Macht des Kapitals und die Fähigkeit, den Menschen und andere Lebewesen willentlich zu verändern. Diese vier Merkmale bilden den „dunkle[n] Körper der Demokratie“ (34). Gleichzeitig bedroht der globale Kapitalismus die gegenwärtige liberale Ordnung, indem er versucht, sich von sozialen Verpflichtungen zu befreien und sowohl den Staat als auch die menschliche Aufmerksamkeitsspanne zu erobern.

Die Gewalt der gegenwärtigen Weltordnung ergibt sich für Mbembe aus den „engen Verbindungen“ (48) zwischen Demokratie und Plantage in der Form des demokratischen Sklavenstaats sowie zwischen Demokratie und Kolonie in der Strafkolonie. Somit trage die Demokratie die Kolonie in sich. Spätmoderne Souveränität sei in diesem Kontext unter anderem durch die Macht gekennzeichnet, eine Schar von Menschen zu einer Existenz am Rande des Lebens zu verdammen, Menschen, die sich ständig dem Tod entgegenstellen müssen. Diese „Produktion von Tod im großem Maßstab“ (66), die man gegenwärtig besonders deutlich in den Grenz- und Lagerregimen der EU und den etablierten Demokratien beobachten kann, knüpfen an den kolonialen Terror an, die Kombination aus Biomacht, Ausnahme- und Belagerungszuständen. Während die Grenzen zwischen außen und innen verblassen, wird die Externalisierung, mit der die Demokratie ihre dunkle Seite bisher unter den Teppich gekehrt hat, obsolet. Obwohl der Versuch unternommen wird, das eigene Zuhause vor dem Chaos zu schützen, das woanders herrscht, kehrt die Verwüstung stets zurück, indem die Demokratie sich gegen sich selbst wendet. Folglich ist die Gegenwart „eine Zeit der paranoiden Dispositionen, der hysterischen Gewalt, der Verfahren zur Vernichtung all derer, die von der Demokratie zu Staatsfeinden erklärt werden“ (79). Hauptaugenmerk von Mbembes ethischer und theoretischer Kritik ist einerseits der alltägliche „Nanorassismus“ (108), und andererseits der „hydraulische Rassismus“, dessen Wirkung im juristisch-bürokratischen Bereich des Staatsapparats verortet wird (110). Somit ist Mbembes Kritik nicht nur postkolonialer Natur, sondern einer radikalen Schwarzen Tradition entlehnt, die die Gleichzeitigkeit von demokratischen Errungenschaften und tief verankertem Rassismus nicht aus den Augen verliert. Da die liberale Demokratie immer in Gefahr ist, von ihren eigenen, inneren Dämonen aufgefressen zu werden, muss sie Mbembe zufolge anders gedacht werden: als „Gemeinschaft des Lebens“, die sich gegen die nekropolitische Gewalt stellt.

Auf Grundlage einer dreiteiligen Vorlesungsreihe klagt Partha Chatterjee in *I am the People* den „engen Provinzialismus“ (ix) der laufenden Debatte über die Krise der westlichen liberalen Demokratie an. Laut Chatterjee offenbaren die massiven intellektuellen Ressourcen, die für die Krisendiagnose verausgabt wurden, das Vorurteil, dass wahre Demokratien westlich seien und dass die Erfahrungen der restlichen „fehlerhaften“ Demokratien „für das demokratische Projekt irrelevant“ seien (xi). Chatterjees Hauptargument in *I am the people* ist, dass die Merkmale der asiatischen und afrikanischen Demokratie, die jetzt in Europa erkennbar sind, die zugrundeliegenden strukturellen Beziehungen zwischen den Metropolen und ihren kolonialen und postkolonialen Peripherien widerspiegeln. Eine liberale repräsentative Regierung im eigenen Land, so Chatterjee, erforderte eine autoritäre Bürokratie in den Kolonien (x). Chatterjee betrachtet die gegenwärtigen Probleme der Demokratie daher vor dem Hintergrund einer theoretisch fundierten Geschichte der Universalisierung des modernen Staates auf Grundlage der Volkssouveränität. Stellenweise ähneln Chatterjees Argumente denjenigen Mbembes, weil sich beide analytisch an Foucault anlehnen und der postkoloniale Kontext für beide global ist: Sowohl ehemalige Kolonialmächte als auch ehemals kolonialisierte Staaten sind postkolonial. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, dass Gramsci für *I am the People* das ist, was Fanon für *Politik der Feindschaft* ist. Zentral für die Krise der westlichen liberalen Demokratie ist laut Chatterjee eine Krise der Hegemonie der herrschenden Ordnung, die auf dem beruht, was Gramsci den integralen Staat nannte (45). Innerhalb des integralen Staates nutzte die Bourgeoise die Staatsmacht, um die Zivilgesellschaft über Gewerkschaften und politische Parteien zu beeinflussen. Diese brauchte den Staat, um das Staatsvolk zu erziehen und eine freiwillige Zustimmung zu ihrer Herrschaft zu er-

halten. Diese hegemoniale Ordnung sei nach einer liberalen und neoliberalen Phase durcheinandergeraten, so Chatterjee (vgl. auch Brown 2015; Slobodian 2019). An ihre Stelle seien Vetternwirtschaft, Fremdenfeindlichkeit und Populismus getreten (59).

Das zweite Kapitel „The Cynicism of Power“ untersucht die Blütezeit der liberalen Demokratie in den Wohlfahrtsstaaten Westeuropas anhand der Vorträge des britischen Soziologen Thomas Humphrey Marshall aus dem Jahr 1949. In Anlehnung an Foucault konzentriert sich Chatterjee hier auf die Dualität, die zwischen bürgerlichen Subjekten als Träger*innen von Rechten und interessengeleiteten Individuen entsteht (68). Er geht davon aus, dass die Krise der Hegemonie aus der taktischen Kontraktion des integralen Staates und dem Aufstieg der neoliberalen Gouvernamentalität entstanden ist. Der pädagogische Auftrag, Zustimmung zu erlangen, wurde dem Markt überlassen, was zu einer technokratischen Regierung führte (59). Das dritte Kapitel, dem der Titel des Buches entnommen ist, befasst sich mit der Oberflächlichkeit der Populismus-Debatten in Europa und zeichnet eine fünf Jahrzehnte lange Geschichte des Populismus in Indien nach. Darauf aufbauend argumentiert Chatterjee, dass in Indien – anders als in Europa – die technische Ausweitung des Staates von der städtischen Mittelschicht auf die städtischen Armen und die Landbevölkerung gescheitert sei (86). In Ermangelung einer starken ideologischen Identifikation der Wähler*innen mit den Parteien sei der Wettbewerbspopulismus (*competitive populism*) der einzige Weg, um Wahlen zu gewinnen. Chatterjee kommt zum Schluss, dass es keine Rückkehr zu liberaler Anständigkeit gebe, sobald ein Wahlsystem in eine Spirale des Wettbewerbspopulismus geraten sei. Gleichzeitig könne eine gesellschaftliche Transformation kaum durch Populismus erreicht werden, da letzterer ein taktisches Spiel bleibe (119). Für Chatterjee ist klar, dass nur eine gegenhegemoniale soziale Kraft, die das globale Kapital herausfordert und die gleichberechtigte Teilhabe aller Gesellschaften an demokratischer Governance ermöglicht, einen bedeutenden Wandel herbeiführen kann.

Ein gängiger Kritikpunkt postkolonialer Theoretiker*innen ist, dass Europa nicht imstande sei, von anderen Regionen der Welt zu lernen, weil Europa gerne Konzepte und Begriffsgeschichte vereinnahme (vgl. Chakrabarty 2000; Dabashi 2015; Bogues/Laudani 2017). Deshalb habe der Westen Mühe zu verstehen, warum „bestimmte Formen postkolonialer demokratischer Praxis jetzt in den heiligen Ländern der liberalen Demokratie ihre ungehörigen Häupter erheben“ (Chatterjee 2019: xii). Nanjala Nyabolas *Digital Democracy, Analogue Politics* greift an dieser Stelle mit einer Demokratiekritik ein, die in Europa selten rezipiert wird, da angenommen wird, dass postkoloniale Demokratien, vor allem afrikanische, auf dem Feld der Digitalisierung erst aufholen müssten, bevor sie in der Lage seien, fundamentale Kritik an deren Einfluss auf die Demokratie zu äußern. Nyabolas Analyse der digitalen Demokratie nimmt Kenia als Fallstudie, um in aktuelle Debatten über Demokratie und Digitalisierung über Kenia hinaus zu intervenieren. Für Nyabola ist der Begriff der digitalen Demokratie sinnvoll, um die Vorstellung infrage zu stellen, dass Technologie automatisch Demokratie fördere. Sie ist jedoch auch in einem normativen Sinne gehaltvoll, etwa um für verbesserten Zugang zu digitaler Technologie in unterversorgten Regionen einzutreten (32). Nyabolas Analyse fokussiert sich auf die Bürger*innen in der Demokratie, also auf politische Handlungsmacht und nicht auf Strukturen. In einem Kontext wie Kenia begünstigt der Fokus auf Strukturen ein Narrativ von Dysfunktionalität, demzufolge afrikanische Staaten sich entweder in einem Entwicklungsstadium, im Krieg oder in Postkonfliktkonstellationen befinden. Nyabola dagegen interessiert sich dafür, wie digitale Räume durch Information und Kommunikation zunehmend die Grundlage für politisches Handeln und eine politische Öffentlichkeit bilden (39). Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil

„Analogue Politics“ befasst sich mit den Ursprüngen von Kenias *digital-first* Dekade (2007–2017). Digitale Räume galten schon immer als Allheilmittel gegen die Ausgrenzung und den Fanatismus, die kenianische Politik besonders zu Wahlzeiten kennzeichnen. Da die Meinungsfreiheit und die traditionellen Medien jahrzehntelang in unterschiedlichem Maße vom Staat erstickt worden waren, hat die Demokratisierung des Zugangs zu Information durch das Internet die Politik transformiert. Die gewaltsamen Ausschreitungen nach der Wahl von 2007 erwiesen sich im Nachhinein, metaphorisch gesprochen, als ein Zusammenprall zwischen analogen und digitalen Vorstellungen des Politischen, die zu einem Digitalisierungsvorstoß führten, der mehr demokratische Rechenschaftspflicht versprach (29).

Der zweite Teil des Buchs „Digital Democracy“ geht auf Kenias Profil als Demokratie im digitalen Zeitalter ein. Blogs und soziale Medien läuteten neue Formen der politischen Organisation ein, die sich in Phänomenen wie #KOT (*Kenyans on Twitter*) zeigten, die wiederholt erfolgreich gegen irreführende Berichterstattung über Kenia beim US-Sender CNN vorgingen, und den *Kenyan Feminists on Twitter*, die die Machtverhältnisse zwischen Online-Stimmen, traditionellen Medien und politischen Akteuren nachhaltig verändert haben (50). Digitale Räume sind jedoch nach wie vor vom Streben nach Profit geprägt. Für Nyabola erklärt die Zunahme von Hass im Netz in Verbindung mit dem „digitalen Kolonialismus“ – gemeint sind die wert- und datenschöpfenden Experimente digitaler Technologiefirmen aus dem globalen Norden in Ländern des Globalen Südens – den Schaden, den Cambridge Analytica (CA) bei den Wahlen in Kenia 2013 sowie bei den US-Wahlen 2016 und dem Brexit-Referendum von 2016 angerichtet hat (197). Die Methode von CA, die Social-Media-Informationen auswertet, um die Bedürfnisse und Ängste der Wähler*innen zu ermitteln und sie zur Beeinflussung der Wahlergebnisse zu nutzen, wurde in Kenia ausprobiert und optimiert, so Nyabola. Der dritte Teil des Buches „History not learned from“ untersucht die kenianische Wahl 2017, die Nyabola zufolge „die teuerste Wahl der Welt“ war (182). Mit 28 Dollar pro Kopf kostete sie mehr als Wahlen in den USA und Indien, die jeweils mehr als ein Dreifaches an Wahlberechtigten vorweisen können. Dennoch wurden die Ergebnisse jener Wahl aufgrund von Unregelmäßigkeiten in einer beisspiellosten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs annulliert. Nyabola kommt zu dem Schluss, dass digitale Technologien keine Probleme beheben können, die man ‚offline‘ nicht lösen möchte. Die Verlagerung von politischer Verantwortlichkeit in den digitalen Raum schuf letztlich mehr Probleme, als sie löste und verursachte enorme Kosten für die Steuerzahler*innen (193). Außerdem liefert Nyabola eine Analyse darüber, wie Ethnizität und digitale Politik kollidieren. Ihre Ergebnisse können für Länder, in denen Identität anpassungsfähiger wird und alle anderen politischen Realitäten übertüncht, lehrreich sein (203). Chatterjee führt dieses Argument weiter und konstatiert, dass Konzepte, die „an koloniale Anthropologie erinnern“, wie etwa Ethnizität, nicht viel erklären können, wenn sie nur als „vormoderne Clankriegsführung“ verstanden werden. Für ihn ist vermeintlich ethnische Politik, eine Politik, in der ethnische Zugehörigkeit, Konflikte und Allianzen die wichtigsten kursbestimmenden Faktoren zu sein scheinen, „die modernste Phase demokratischer Politik“ (119), weil sie die Art und Weise darstelle, wie Politik in den meisten Ländern der Welt gemacht wird (vgl. auch Chatterjee 2004). Es sind diese vielschichtigen Realitäten, die Chatterjee und Nyabola analysieren, und ihre Analyse ist deutlich erkenntnisreicher, wenn man kritisch hinterfragt, wer, wo, und was üblicherweise als ‚modern‘ gilt und warum (vgl. Bhambra 2007).

Ein genereller Tenor der drei Bände ist, dass die euro-nordatlantische Demokratiekrise die Kehrseite der Dauerkrise postkolonialer Selbstbestimmung in einer neoliberalen Welt ist, weil sie sich seit neuestem mit Problemen befassen muss, die für postkoloniale Demokratien

konstitutiv sind. Für Mbembe ist die Krise der Demokratie ein Symptom ihrer selbstzerstörerischen Tendenzen, die durch die ‚innere Kolonie‘ verursacht werden. Während die innere Kolonie die meisten postkolonialen Demokratien so gut wie lahmgelegt hat, wird sie in den meisten westlichen Demokratien erst langsam als solche erkannt und entsprechend zögerlich benannt. Dabei steht diese am Anfang eines ähnlichen Versuchs in Europa und den USA. Für Chatterjee offenbart die eher performative Ratlosigkeit, mit der die euro-nordatlantische Intelligenzia der Krise der Demokratie gegenübersteht, eine konzeptuelle Naivität. Die zugrundeliegende Definition von Demokratie in diesen Debatten ist überholt und ausschließend, weil Staaten tatsächlich demokratisch sein können, ohne Repliken des demokratischen Staates im Westen zu sein. Nyabola zufolge hätte es dem Rest der Welt auffallen müssen, als sich Cambridge Analytica in die Politik in Kenia einmischte. Doch dieses Versäumnis ist gleichzeitig eine Chance, aus den Nachwirkungen des Skandals und aus den demokratischen Experimenten an Orten wie Kenia zu lernen. In jedem Fall erscheint die gegenwärtige Demokratiekrise nicht mehr so neu, wenn man sie von einer globalen, postkolonialen und verflochtenen Ideengeschichte der Demokratie aus betrachtet.

Literatur

- Bhambra, Gurinder, 2007: *Rethinking Modernity: Postcolonialism and the Sociological Imagination*, London.
- Bogues, Anthony / Laudani Raffaele, 2017: *Theses for a Global History of Political Concepts*; <https://aghct.org/political-concepts-thesis>, 20.09.2021.
- Brown, Wendy, 2015: *Undoing the Demos: Neoliberalism's Stealth Revolution*, New York.
- Chatterjee, Partha, 2004: *The Politics of the Governed: Reflections on popular politics in most of the world*, New York.
- Chatterjee, Partha, 2019: *I am the People. Reflections on Popular Sovereignty Today*, New York.
- Chakrabarty, Dipesh, 2000: *Provincialising Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, New Jersey.
- Comaroff, Jean / Comaroff, John, 2012: *Der Süden als Vorreiter*, Frankfurt (Main).
- Dabashi, Hamid, 2015: *Can Non-Europeans Think?*, London.
- Eckert, Andreas, 2020: Postkoloniale Zeitgeschichte? In: *Zeithistorische Forschungen* 17 (3); <https://zeit-historische-forschungen.de/3-2020/5881>, 20.09.2021.
- Getachew, Adom, 2019: *Worldmaking After Empire. The Rise and Fall of Self Determination*, Princeton (NJ).
- Mbembe, Achille, 2017: *Politik der Feindschaft*, Berlin.
- Niang, Amy, 2018: *The Postcolonial African State in Transition: Stateness and Modes of Sovereignty*, London.
- Nyabola, Nanjala, 2018: *Digital Democracy, Analogue Politics. How the Internet Era is Transforming Politics in Kenya*, London.
- Slobodian, Quinn, 2019: *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin.